



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 26. Februar 2014  
(OR. de)**

**6988/14  
ADD 1**

**ASIM 14  
RELEX 167**

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	21. Februar 2014
Empfänger:	Herr Uwe CORSEPIUS, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2014) 96 final ANNEXES
Betr.:	ANHÄNGE zum BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Bericht über die Umsetzung des Gesamtansatzes für Migration und Mobilität 2012-2013

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2014) 96 final ANNEXES.

---

Anl.: COM(2014) 96 final ANNEXES



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 21.2.2014  
COM(2014) 96 final

ANNEXES 1 to 2

## ANHÄNGE

*zum*

### **BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Bericht über die Umsetzung des Gesamtansatzes für Migration und Mobilität  
2012-2013**

## ANHANG I

### – Mobilitätspartnerschaften –

	Abgeschlossen	Gespräche dauern an	Für 2014 in Betracht zu ziehen	In Betracht zu ziehen, sobald die Umstände dies zulassen
Algerien				X
Ägypten				X
Libyen				X
Marokko	X			
Tunesien	X			
Jordanien		X		
Libanon				X
Syrien				X
Armenien	X			
Aserbaidshan	X			
Belarus			X	
Georgien	X			
Moldau	X			
Ukraine				X
Kap Verde	X			

Folgende Länder könnten als Kandidaten für eine Mobilitätspartnerschaft in Betracht kommen:

**Algerien:** Vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen über einen neuen Aktionsplan für die Europäische Nachbarschaftspolitik äußerte Algerien Interesse an der Aufnahme eines Dialogs über Migration, Mobilität und Sicherheit, der schließlich in eine strukturierte Zusammenarbeit mit der EU im Bereich Migration münden könnte. Je nachdem, ob Algerien bereit ist, mit der EU in Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen einzutreten, könnte eine Mobilitätspartnerschaft den Rahmen hierfür bilden.

**Ukraine:** Die Zusammenarbeit im Bereich Migration und Mobilität ist mit diesem Land bereits weit vorangeschritten, was auch auf den Visadialog zwischen der EU und der Ukraine zutrifft. Bisher hat die Ukraine kein Interesse an der Einrichtung einer Mobilitätspartnerschaft mit der EU geäußert. Abhängig von den Entwicklungen in der

Ukraine könnte dies jedoch in den kommenden Monaten als Option in Betracht gezogen werden.

**Belarus:** Trotz der derzeit unter anderem aufgrund von Problemen im Bereich der Menschenrechte belasteten politischen Beziehungen zwischen der EU und Belarus existieren Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit, die die Grundlage für einen künftigen Dialog, beispielsweise in den Bereichen Menschenhandel, Grenzmanagement und Asyl, bilden könnten. Zudem könnten einige Fragen, die für Belarus von Belang sind, im Rahmen des GAMM thematisiert werden. Auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Vilnius signalisierte Belarus seine Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen über Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen. Vor diesem Hintergrund könnte die Einrichtung einer Mobilitätspartnerschaft in Betracht gezogen werden. In seiner Empfehlung zur EU-Politik gegenüber Belarus<sup>1</sup> vom 12. September 2013 sprach sich das Europäische Parlament für eine Mobilitätspartnerschaft zwischen der EU und Belarus aus.

---

<sup>1</sup> Dokument des Europäischen Parlaments 2013/2036.

## ANHANG II

### – Gemeinsame Agenden für Migration und Mobilität –

	Abgeschlossen	Gespräche dauern an	Für 2014 in Betracht zu ziehen	In Betracht zu ziehen, sobald die Umstände dies zulassen
<b>China</b>				X
<b>Indien</b>		X		
<b>Indonesien</b>			X	
<b>Nigeria</b>		X		
<b>Südafrika</b>			X	
<b>Ghana</b>				X
<b>Kasachstan</b>			X	
<b>Brasilien</b>			X	

Für eine CAMM kommen grundsätzlich wesentlich mehr Länder in Frage als für Mobilitätspartnerschaften, und die Priorisierung ist wesentlich schwieriger. Zu den potenziellen Kandidaten zählen die strategischen Partner der EU sowie Partner, die in einem der vier thematischen Schwerpunktbereiche des GAMM für die EU von besonderem Interesse sind. Die Auswahl der Schwerpunktpartner für eine CAMM sollte auf der Grundlage von Überlegungen erfolgen, die die politische und wirtschaftliche Priorität und Durchführbarkeit sowie Möglichkeiten und Zwänge in Bezug auf finanzielle und personelle Ressourcen betreffen.

Unter diesem Gesichtspunkt sollte eine bilaterale Zusammenarbeit mit Ländern angestrebt werden, die im Hinblick auf die Sicherung des Wirtschaftswachstums für die EU von Interesse sind. Ferner sollte im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates zum GAMM vom 29. Mai 2012 strategisch wichtigen Ländern entlang der Migrationsrouten sowie Herkunfts- und Transitländern Vorrang eingeräumt werden, insbesondere solchen Ländern, die Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten teilen und bereit sind, gegenseitige Verpflichtungen einzugehen.

Folgende Länder könnten als Kandidaten für eine CAMM in Betracht kommen:

**China:** Die EU hat ein erklärtes Interesse daran, die Zusammenarbeit mit China im Bereich der Rückkehr und der Mobilität zu intensivieren. Mithilfe einer CAMM ließe sich der Dialog weiter vereinfachen und strukturieren, und es könnte eine Plattform für die konkrete und dringend erforderliche Zusammenarbeit in Migrations- und Mobilitätsfragen geschaffen werden. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung wird China für (reguläre und irreguläre) Migranten immer attraktiver, was das Land vor große Herausforderungen bei der Erarbeitung der erforderlichen legislativen und politischen Mechanismen stellt. Hier bieten sich mögliche

Ansatzpunkte für den Austausch und die Zusammenarbeit mit der EU, und zwar auch über aktuelle Visa- und Rückübernahmefragen hinaus.

**Indonesien:** Indonesien stellt aufgrund seiner Größe, Demografie, Wirtschaft und geopolitischen Bedeutung ein Schwerpunktland für die EU dar. Das Land fügt sich sehr gut in den sich herausbildenden Diskurs über die Gestaltung der Visapolitik im Bereich Migration und Mobilität als Mittel zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums ein. Es ist notwendig, eine Antwort auf Indonesiens Anfragen und Ersuchen, die seinen Status in Bezug auf Schengen-Visa betreffen, zu formulieren und dazu einen sachbezogenen und strukturierten Informationsaustausch einzuleiten. Eine CAMM würde einen geeigneten Rahmen für die Prüfung von konkreten Fragen dieser Art darstellen und gleichzeitig eine allgemeine Plattform für einen sinnvollen politischen Austausch und die gezielte Entwicklung von Projekten und anderen Aktionen bieten.

**Südafrika:** Mit diesem Land findet bereits ein lokaler Migrationsdialog statt, und es bieten sich Möglichkeiten für eine weitere Vertiefung dieser Zusammenarbeit. Die Situation in Südafrika weist einige Ähnlichkeiten mit der Situation in der EU auf. So ist Südafrika vor allem Zielland für Arbeitskräfte und Asylsuchende aus Nachbarländern. Daraus resultiert der Bedarf des Landes an einem Austausch bewährter Praktiken, dessen Ziel es sein muss, die Kapazität des Landes zur Bewältigung dieser Ströme zu stärken. Im Mittelpunkt könnten dabei die Verbesserung der Mobilität für bestimmte Kategorien von Reisenden und der Ausbau der Kapazitäten des Landes in den Bereichen internationaler Schutz und Steuerung der Arbeitskräftemigration stehen.

**Ghana:** Diesem Land, von dem ein beträchtlicher Migrationsdruck auf die EU ausgeht, wurde bereits eine Mobilitätspartnerschaft der ersten Generation angeboten. Ausgehend davon, dass sich Ghana zunehmend zu einer Drehscheibe der Migration entwickelt und sich der Bedeutung der Migration für seine Entwicklungsagenda bewusst ist, bieten sich zahlreiche Möglichkeiten für die Zusammenarbeit in Migrations- und Entwicklungsfragen. Die Möglichkeit einer CAMM wurde gegenüber den ghanaischen Behörden bereits 2012 angesprochen, eine zustimmende Reaktion blieb bislang allerdings aus. Zwar verbleibt das Land vorläufig in dieser Tabelle (p.m.-Vermerk), aber es werden keine weiteren proaktiven Maßnahmen seitens der EU empfohlen.

**Kasachstan:** Kasachstan ist ein Schlüsselpartner der EU in Zentralasien. Der EU ist sehr daran gelegen, die Zusammenarbeit und die Kontakte mit Kasachstan durch die Aushandlung des neuen verbesserten Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zu vertiefen. Die EU ist ferner daran interessiert, im Rahmen unterschiedlicher Programme den Austausch zu fördern und die Kontakte auf persönlicher Ebene zwischen Kasachstan und der EU zu verbessern, wofür die Mobilität der Menschen ein wichtiges Element ist. Kasachstan hat bei unterschiedlicher Gelegenheit sein Interesse an einer Vertiefung der Zusammenarbeit in Migrationsfragen bekundet.

**Brasilien:** Die verstärkte bilaterale Zusammenarbeit mit Brasilien bietet Chancen für beide Seiten. Im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Brasilien kamen beide Seiten überein, die Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen, einschließlich Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen, zu vertiefen. Der zu diesem Zweck von der EU und Brasilien erarbeitete Aktionsplan, der Maßnahmen zur Erleichterung der Mobilität für Wissenschaftler, Studenten und Unternehmer zwischen Brasilien und der EU vorsieht, steht kurz vor seinem Abschluss. Brasilien zählt zu der Gruppe von Schwerpunktländern, mit denen die EU konkrete Partnerschaften entwickeln und Bereiche der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Menschenhandels erschließen sollte. Brasilien überarbeitet derzeit seine Rechtsvorschriften zur Migration. Gleichzeitig zeichnen sich Veränderungen bei den

Migrationstendenzen zwischen Brasilien und der EU ab, sodass dies ein besonders günstiger Zeitpunkt für die Intensivierung der Zusammenarbeit ist.

Bisweilen lassen sich bei einem regionalen Ansatz Ressourcen effektiver nutzen und erheblich bessere politische Ergebnisse erzielen als durch den bilateralen Dialog und die bilaterale Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang bietet die unlängst gegründete Seidenroutenpartnerschaft für Migration Voraussetzungen für eine mögliche Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit einigen wichtigen Herkunfts- und Transitländern, darunter der Iran und Pakistan, bei der Steuerung von Migrationsströmen, weshalb die Zusammenarbeit mit diesen Ländern im Rahmen eines regionalen Ansatzes vertieft werden sollte. Analog dazu erscheint die Einleitung eines gezielten regionalen Dialogprozesses im Rahmen des EU-Afrika-Dialogs mit Ländern entlang der ostafrikanischen Migrationsroute derzeit angesichts sich verändernder irregulärer Migrationsströme in der Region und der Notwendigkeit, den Schmuggel von Migranten und den Menschenhandel am Horn von Afrika umfassend und effizient zu bekämpfen und zu verhindern, sinnvoller als die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit mit einzelnen ostafrikanischen Ländern, wie z. B. Kenia, wo sich derzeit sehr viele Flüchtlinge aufhalten.